

V0520/23

### Entschlammung der Künette

### -Dringlichkeitsantrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 14.06.2023-

**Stadtrat vom 25.07.2023**

*Der Dringlichkeitsantrag der CSU-Stadtratsfraktion V0520/23 und der Antrag der Verwaltung V0554/23 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Stadtrat Grob merkt an, dass der Künettegraben für viele Ingolstädter eine Herzensangelegenheit sei. Insofern sei es für ihn wichtig, zusammen mit dem Freundeskreis und dem Förderverein Künettegraben etwas voranzubringen. Er informiert, dass er dieses Thema im Landtag vorgestellt habe und nun aus der CSU-Fraktionsreserve 200.000 Euro für das Vorankommen, bereitgestellt werden. Stadtrat Grob betont er wolle nicht, dass das Geld in einer Machbarkeitsstudie, an einem runden Tisch, in einem Diskussionsforum oder in einem Meinungs austausch gesteckt werde. Es solle nach dem Motto „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“ tatsächlich umgesetzt werde. Weiter verweist er auf die vielen Besprechungen zu diesem Thema und auf die Beteiligten, wie die Verwaltung, den Freundeskreis und das Wasserwirtschaftsamt. Stadtrat Grob merkt an, dass man nach intensiven Auseinandersetzungen einen Weg gefunden habe, wie das Geld eingesetzt werden könne. Das praktische Umsetzen sei mit dem Wasserwirtschaftsamt abgesprochen. Dies sehe aus Wirtschaftsgründen keinen Handlungsbedarf, da die Wasserqualität in Ordnung sei. Diese würden sich sogar dazu bereiterklären, den Morast im Künettegraben noch größer werden zu lassen, eine kleine Rinne zu machen, die Fließgeschwindigkeit zu erhöhen und ein kleines Biotop dort anzulegen. Stadtrat Grob betont, dass dies aber so nicht gewollt sei. Die Künette solle dem historischen Hintergrund gerecht werden und zum Festungsjubiläum im Jahr 2028 neu erstrahlen. Damit diese Umsetzung erfolgen könne, habe man sich mit Fachleuten ausgetauscht. Um mit den Arbeiten beginnen zu können, müsse der Künettegraben zuerst trockengelegt werden. Diese Erkenntnis komme aus Städten wie Münster, die mit solchen Gräben Erfahrungen haben. Insofern müsse nach der Trockenlegung eine Reinigung erfolgen und dann könne der Graben wieder befüllt werden. Natürlich könne die Nachhaltigkeit in Frage gestellt werden, weil immer wieder leichte Sekmente über die Schutter in die Künette fließen. Aber dies habe nun 50 Jahre gehalten. Wenn man nun das Ganze in Angriff nehme und zur Anschubfinanzierung des Freistaates etwas drauflege, könne konkret etwas passieren. Dann könne Schritt für Schritt eine Sanierung erfolgen und zum Schluss erziele man ein tolles Ergebnis. Stadtrat Grob sei sich ziemlich sicher, dass eine Trockenlegung durch einen Bagger und einem Lader möglich sei. Beim Aushub handelt es sich um ein leicht belastetes Material, wo jederzeit zur Abdeckung einer Bauschuttdeponie oder als Basis für eine Waldbepflanzung hergenommen werden könne. Stadtrat Grob geht davon aus, dass die benötigten Mittel überschaubar sind. Es werde aber eine Person benötigt, die dieses Projekt begleite und die Informationspolitik an die Anlieger und auch die Interessenten, wie die Fischereivereine, weitergebe. Wenn alles gut funktioniere, könne Ende 2024 begonnen werden und eine Fertigstellung sei im Jahr 2025 möglich. Es gehe jetzt nicht darum die Machbarkeitsstudie zu testen, sondern in die Realisierung zu gehen. Stadtrat Grob bittet um Zustimmung. Er glaube auch, dass noch von Seiten des Wasserwirtschaftsamtes und des Denkmalschutzes mit Zuschüssen zu rechnen sei. Der Künettegraben sei nicht nur ein Rinnsal oder Wasserbehälter, denn dieser habe durchaus einen historischen Hintergrund.

Stadtrat Over habe den Ausführungen seines Vorredners nicht mehr viel hinzuzufügen. Er verweist auf den Erstantrag vor zwei Jahren, der dieses ganze Unterfangen gestartet habe. Kurz darauf habe sich der Freundeskreis gebildet. Von Anfang an sei die Prämisse gewesen, dass sich dieser Arbeitskreis überfraktionell darstelle. Am 14.11. habe der Arbeitskreis einen Gemeinschaftsantrag formuliert, dem dankenswerterweise fast alle Fraktionen, unterzeichnet haben. Stadtrat Over zeigt sich erfreut über den sanften Druck seiner Stadtratskollegen Grob und Schickel und auch von Bürgermeisterin Kleine, die das Thema aufgegriffen habe. Er wünsche sich auch einen Projektplaner, der das Ganze dirigiere und darauf schaue, dass die Dinge in die richtige Richtung gelenkt werden. Stadtrat Over wolle keine Prognose im Hinblick auf die Finanzierung treffen. Weiter spricht er seinen Dank an die großartige Unterstützung der Klimastelle aus. Er glaube hier auf einem guten Weg zu sein und bittet Stadtrat Grob seine Bemühungen, was die statische Haltung des Wasserwirtschaftsamtes anbelange, zu verstärken. Es könne nicht sein, dass das Wasserwirtschaftsamt sich bequem aus der Affäre ziehe. Dies dürfe nicht sein, weil Ziel sei spätestens im Jahr 2028 eine saubere Künette vorzeigen zu können.

Es sei schon so, dass im Sommer die Künette nicht angenehm rieche. Stadträtin Leininger wolle einen Blick auf das Ganze werfen. Ihr scheinen die auch seitens ihres Stadtratskollegen Grob dargestellten Kosten etwas beschönigend zu sein. Wenn hier ca. 2 Millionen Euro im Raum stehen, dann müsse sich schon die Frage gestellt werden, ob man dieses Geld ausgeben wolle. Stadträtin Leininger finde den Umgang mit dem Wasserwirtschaftsamt erstaunlich. Dieses sage ganz klar, dass keine Notwendigkeit zum Handeln aufgrund der guten Wasserwerte nötig sei und lehne deshalb eine Kostenbeteiligung ab. Dies ist eine klare und fundierte Antwort. Aber vielleicht erfolgt doch noch eine Kostenbeteiligung des Wasserwirtschaftsamtes oder des Denkmalschutzes. Sie sehe aber die Verknüpfung der Projektleitung, deren Finanzierung durch die Fraktionsreserve der CSU in Höhe von 200.000 Euro, gesichert sei. Stadträtin Leininger betont, dass es sich hier um Steuergeld handelt. Sie fordert nach der Projektplanung einen Zwischenstopp vor Stadtratsentscheidung, ob letztendlich so viel Geld ausgeben werden wolle. Vielleicht können hier Fördergelder eingeplant werden. Danach erfolge auch Zustimmung seitens ihrer Fraktion. Es sei ja unbestritten, dass hier eine Aufwertung erfolgen könne. Aber Stadträtin Leininger betont nochmals, dass die Kosten eine Rolle spielen.

Stadtrat Witty zeigt sich erfreut, dass sich der Stimmkreis seines Stadtratskollegen Grob für dieses Thema einsetze. Dies umfasse viele Themenbereiche wie die Geruchsbelästigung oder die Historik. Es sei sicher sinnvoll nun detaillierter und mit einem Projektbeauftragten in diese Sachlage einzusteigen. Die Bitte von Stadtrat Witty sei, eine ziemlich schnelle und realistische Kostenschätzung zu erhalten, sodass auch ziemlich schnell ein Plan entwickelt werden könne. Auch bedarf es einer Klärung, wer sich in welcher Höhe an den Kosten beteilige. Weiter verweist Stadtrat Witty auf den Glacis-Vertrag indem geregelt sei, dass Ingolstadt 25 Prozent und der Freistaat, über das Wasserwirtschaftsamt, 75 Prozent der Unterhaltskosten übernehme. Dies sei für ihn eine realistische Grundlage für eine Ausgangsbasis für die entstehenden Gesamtkosten. Wenn dies in dem Prozess möglichst schnell gedeckelt werden könne, stehe der Umsetzung nichts im Wege. Der Wunsch von Stadtrat Witty sei, möglichst schnell von einem Projektverantwortlichen die Kosten zu erhalten und danach zu prüfen, wie sich die Kosten verteilen können.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf spricht sich für dieses Projekt aus. Allerdings müsse über die Kosten nochmals gesprochen werden. Es könne nicht sein, dass die Stadt alle Kosten für dieses Bauwerk trage, wo eigentlich nur 25 Prozent zu zahlen seien. Hier müssen mit dem Freistaat noch Gespräche geführt werden.

Bürgermeisterin Kleine zeigt sich erfreut über die positive Resonanz. Sie weist darauf hin, dass sie bereits im Jahr 2016 leichten Druck auf ihren damaligen Vorgänger gemacht habe, dass sich dieser dem Thema Künette annehme. Er konnte dies in seiner Amtszeit nicht umsetzen, weil das Wasserwirtschaftsamt immer nein gesagt und keinen Handlungsbedarf gesehen habe. Bürgermeisterin Kleine informiert, dass sie bereits mehrere Termine mit dem Wasserwirtschaftsamt gehabt habe und dies auf eine nachhaltige Lösung bestanden habe. Nachdem man mit dem Wasserwirtschaftsamt nicht vorangekommen ist, sei zusammen mit der Stadtbaurätin eine Prüfung erfolgt. Dabei sei ein altes Gutachten aktualisiert worden, mit der Frage, ob in der Innenstadt Schutterwasser, an die Oberfläche geholt werden könne - zur Aufwertung der Innenstadt. Im Zuge dieser Vorlage habe sich der Stadtrat eindeutig dagegen ausgesprochen, denn es sei technisch kaum und finanziell nicht möglich, dass die Schutter im alten Verlauf fließe. Danach habe Bürgermeisterin Kleine mit dem Wasserwirtschaftsamt gesprochen und der Tenor war, dass dieses aufgrund der guten Wasserqualität keine Rechtsgrundlage habe, hier die Maßnahmen voranzubringen und Geld zu investieren. Weiter habe Bürgermeisterin Kleine nach Gesprächen mit Stadtrat Dr. Schickel und Stadtrat und MdL Herrn Grob vereinbart, nicht alle einzelnen Vorschläge des Arbeitskreises „Saubere Künette“ zu prüfen, sondern darum gebeten dem Vorschlag zuzustimmen, dass über bauliche Maßnahmen sowie über die Verengung der Schutter in einem schmalen Verlauf mit Verlandung des Künettegrabens nicht nachgedacht werde. Auch werde nicht darüber nachgedacht die Schutter insgesamt über den Ludlgraben zu führen. Hierzu solle es auch keine eigenen Machbarkeitsuntersuchungen geben, so der Vorschlag der Bürgermeisterin. Weiter regt sie ein Vorgehen wie in anderen Städten wie z.B. Münster an. Es solle das Wasser abgelassen und mit dem Bagger eine Entschlammung vorgenommen werden. Auch dies sei allerdings mit erheblichen Kosten und Aufwand verbunden. Es handele sich dabei nicht nur um das Reinigen selbst, sondern auch um die ganzen wasser- und artenschutzrechtlichen Prüfungen. Nach Erarbeitung einer konkreten Kostenschätzung, werde diese dem Stadtrat zur weiteren Entscheidung vorgelegt. Danach könne je nach Haushaltslage darüber entschieden werden. Das Ziel von Bürgermeisterin Kleine sei, dies so vorzunehmen, damit eine Umsetzung bis zum Jahr 2028 zum Festungsjubiläum möglich sei. Eine Prüfung hinsichtlich der Fördermittel erfolge selbstverständlich. Sie betont, dass der Druck, den Stadtrat Over formulierte hatte, bitte eher auf das Wasserwirtschaftsamt und das dazugehörige Ministerium ausgeübt werden solle und nicht in ihre Richtung. Es müsse unbedingt eine Kostenbeteiligung seitens des WWA bzw. Ministeriums erfolgen.

Wenn man die Zuständigkeit des Wasserwirtschaftsamtes belegen könne, sei Stadtrat Grob von einer Unterstützung dessen überzeugt. Aber bis dato sei die Zuständigkeit nicht gegeben. Weiter merkt er an, dass der Glacis-Vertrag hier nicht einschlägig sei und letztendlich alles an der Stadt hängen bleibe. Wenn man einen anderen Weg gegangen wäre, großräumige Absetzbecken zu bauen, dann sei der Preis des Ganzen um ein Vielfaches höher und die Zeit der Realisierung hätte sich auf ewig hinausgeschoben. Stadtrat Grob werde mit dem Wasserwirtschaftsamt weiter in Disput bleiben. Aber wenn man das Vorhaben unter den Vorbehalt der Finanzierung durch das Wasserwirtschaftsamt stelle, dann werde dieses Projekt nicht funktionieren. Deshalb bittet Stadtrat Grob gemeinsam, mit Fördergeldern die aus dem Denkmalschutz generiert werden können, dies anzugehen.

Ansonsten werde dies ein Endlosprojekt und es bedürfe weder eine Machbarkeitsstudie noch eine Diskussionsrunde.

*Abstimmung über den Antrag der Verwaltung **V0554/23**:*

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.